

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

Ob die Erb-innen der heutigen Migrant-innen solch schönes Werkzeug erben werden?

FRANKREICH/MIGRATION

Migrant·innen in Landwirtschaft und Handwerk

Seit einiger Zeit kennen und unterstützen wir den Verein A4 – «Association d'Accueil en Agriculture et Artisanat». Dieser selbstverwaltete Verein für die Aufnahme in Landwirtschaft und Handwerk, getragen von Menschen verschiedenster Herkunft, entstand 2021 in Frankreich. Hier stellen seine Mitglieder ihn vor:

Wir waren ein paar Freundinnen und Freunde in einem Pariser Vorort, die während des ersten covid-bedingten Lockdowns (Frühjahr 2020) über die Rückkehr aufs Land diskutierten. Wir sind über verschiedene Migrationswege nach Europa gekommen, haben Probleme mit den Papieren, arbeiten in den Städten, wo wir Arbeit finden, unter grossen Spannungsverhältnissen. Wir werden als billige Arbeitskräfte betrachtet, die man ausbeuten kann, da wir keine Rechte haben. Wir sind nicht nur wegen uns hier, sondern auch, um unsere Familien in der Heimat zu unterstützen. Wir haben auch Schwierigkeiten, stabile Unterkünfte zu finden. Wir wollen in Würde leben und einer Arbeit nachgehen, die uns liegt und erfüllt. Einige von uns möchten sich niederlassen und die Berufe ausüben,

die sie in ihrem Heimatland ausgeübt haben, d. h. Landarbeit oder Handwerk (Metallbearbeitung, Tischlerei...). Andere von uns würden gerne irgendwann in ihr Land zurückkehren und die Fähigkeiten, die sie sich hier angeeignet haben, dort in die Praxis umsetzen, um ihre Familien zu ernähren (Käse herstellen z.B. ...). Solange unsere Rechte jedoch nicht anerkannt werden, haben wir nur Anspruch auf prekäre Arbeitsverhältnisse und ein Leben von der Hand in den Mund. Also fingen wir an zu überlegen, wie wir diese Problematik konkret angehen könnten.

Parallel dazu standen wir in Kontakt mit Aktivistinnen und Aktivisten, die sich für den Zustand der bäuerlichen Landwirtschaft in Frankreich interessieren. In den nächsten

EDITO

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Wie ihr wisst, unterstützen wir vom Europäischen Bürger:innen Forum (EBF) aus viele Initiativen, die in diversen Ländern interessante und wichtige Arbeit leisten. Einerseits indem wir konkret mit ihnen zusammenarbeiten, andererseits indem wir über ihr Engagement informieren und es finanziell mittragen.

Gerne lassen wir die Protagonist:innen dieser Projekte im Archipel zu Wort kommen. In der Mai-Nummer, zum Beispiel, informierte Ines Tanović-Sijerčić über die politische Situation in Bosnien und die Aktivitäten des Vereins Kompas in Sarajevo. Clara, unsere Freundin aus dem Libanon, berichtete über Initiativen für Vertriebene im Land. In dieser Nummer, wiederum, stellen sich die Mitglieder des Vereins A4 in Frankreich vor.

Indem Ihr den Archipel und das EBF unterstützt, fördert auch Ihr diese Initiativen. Ausserdem findet Ihr dieses Mal die Texte einer jüdisch-französischen und einer palästinensischen Mutter. Beide – so unterschiedlich sie sind – gehen uns nahe, machen uns nachdenklich und traurig, geben uns aber auch Mut.

Wir wünschen Euch einen schönen und ermutigenden Sommeranfang!

Für das Redaktionsteam,
Constance Warta

zehn Jahren wird die Hälfte der Landwirtinnen und Landwirte in Frankreich in den Ruhestand gehen. Die Agrarindustrie wächst immer mehr; die Zersiedelung der Landschaft ist nicht aufzuhalten, und die kleinen landwirtschaftlichen Höfe verschwinden. Einige von uns haben in grossen landwirtschaftlichen Betrieben gearbeitet. Auch hier waren wir billige Arbeitskräfte, erledigten täglich dieselben Aufgaben, lernten nichts und lebten unter Bedingungen, die man als moderne Sklaverei bezeichnen könnte. Damals wurden wir in die ZAD de Notre-Dame-des-Landes (in Westfrankreich)¹ eingeladen, um über unsere Arbeitserfahrungen in der Agrarindustrie zu berichten. Diese Veranstaltung bot uns die Gelegenheit, andere Menschen zu treffen, die aufs Land zurückkehren wollten und ebenfalls Schwierigkeiten mit ihren Papieren hatten. Gemeinsam haben wir daraufhin das A4-Projekt ins Leben gerufen. Die offizielle Gründung fand im Jahr 2022 statt.

Gastfreundliche Orte

A4 soll Verbindungen zwischen Menschen in der Stadt und Menschen auf dem Land herstellen, zwischen Menschen, die Arbeit suchen oder sich weiterbilden möchten, und solchen, die Gastgeberinnen sein möchten. Die Idee ist es, ein Netzwerk von gastfreundlichen Orten zu schaffen, die Ausbildung, Praktika, Austausch, Arbeit oder sogar eine Niederlassung in der Landwirtschaft oder im Handwerk anbieten, um die Legalisierung oder Stabilisierung der Situation jedes Einzelnen zu erleichtern. So treffen wir uns mit Bauern, Bäuerinnen und Handwerkerinnen, um gemeinsam mit ihnen dieses Netzwerk aufzubauen und einen Austausch von Know-how und Fähigkeiten zu ermöglichen: sowohl um gute Arbeitsbedingungen oder Ausbildungen zu finden als auch um die Herausforderungen und Fragen zu verstehen, denen sich die Landwirtinnen und Handwerkerinnen heute stellen müssen, und um gemeinsame Lösungen zu finden. Wir bemühen uns, dass jede/r Einzelne unter guten Bedingungen empfangen wird. Zu diesem Zweck haben wir ein Aufnahmeprotokoll erstellt und eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die als Bindeglied zwischen dem gastgebenden Ort und der aufgenommenen Person fungiert. Eine weitere Arbeitsgruppe sucht nach einem Ort, den wir für unsere eigenen Aktivitäten erwerben können und an dem wir Personen aufnehmen können, die dies wünschen. Andere Arbeitsgruppen untersuchen rechtliche Fragen, suchen nach Finanzierungsmöglichkeiten, überlegen, wie wir füreinander sorgen können, oder erstellen ein Verzeichnis und eine Kartografie des Netzwerks, um den Austausch zu erleichtern. Wir starteten auch eine Umfrage, um sichtbar zu machen, wie die Arbeit in der Landwirtschaft heutzutage funktioniert.

Eine Umfrage mit Folgen

Die Idee zu dieser Umfrage entstand während unserer dritten Forschungsreise im Jahr 2022, die uns in die Region Côtes d'Armor, nach Lannion geführt hatte. Zwei Mitglieder von A4 lebten dort und boten an, die Treffen rund um die Vereine, Projekte und Freundinnen zu organisieren, die sie bereits kannten. So waren Kollektive zur Unterstützung von Sans-Papiers, eine Schule für Landwirtschaft

und Projekte für städtische Gärten oder Gemüsegärten die Gastgeberinnen der Treffen. Im Anschluss an diese Reise wurde die lokale Gruppe A4 in Lannion gegründet.

Viele von uns arbeiteten in landwirtschaftlichen Betrieben, ohne französische Papiere zu haben oder sich im Asylverfahren zu befinden. Wir sind hier, wir haben kein Recht zu arbeiten, aber dort, wo wir arbeiten, profitiert der Landwirtschaftsbetrieb von uns. Angesichts dieser Ungerechtigkeit begannen wir mit der Umfrage. Sie zeugt von einer langen Geschichte von Recherchen und Gerichtsurteilen, die von den erbärmlichen, sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen ausländischer und insbesondere saisonaler Arbeitnehmerinnen in Frankreich zeugen. Arbeitgeber in der Landwirtschaft wurden immer wieder in Gerichtsurteilen wegen Menschenhandels verurteilt. Das Besondere an unserem Ansatz ist, dass die Recherchen mit und von den ausländischen Arbeitnehmerinnen durchgeführt werden. Im Februar 2024 organisierten wir in Lannion zwei Wochen lang Schulungen für Tonaufnahme und Methodik und begannen dann mit den Interviews. Zunächst werden wir uns in unserer Untersuchung auf die Region Côtes d'Armor konzentrieren, in der viele Fälle von Ausbeutung ausländischer Arbeitnehmerinnen bekannt sind, in der sich aber auch Menschen miteinander organisieren und Widerstand leisten. Wir möchten solche Untersuchungen überall in Frankreich durchführen, sobald wir über die entsprechenden Mittel verfügen.

Damit verfolgen wir drei Ziele:

1. Die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft anprangern,
2. die Arbeitsbedingungen durch die Selbstorganisation der Arbeitnehmerinnen zu verbessern,
3. unsere Legalisierung mit allen legalen Mitteln fördern.

Die Ergebnisse werden es uns auch ermöglichen, bei Gewerkschaften, lokalen Behörden und öffentlichen Institutionen für unsere Anliegen vorzusprechen. Der Erfolg einer bäuerlichen Landwirtschaft hängt vom Kampf gegen Ausbeutung und für die Legalisierung ausländischer Arbeiterinnen ab.

Intensivierung und Erweiterung

Ob bei dieser Forschungsarbeit oder bei den zahlreichen anderen Aktivitäten unseres Vereins, gibt es viele Möglichkeiten, uns zu unterstützen und sich zu engagieren. Heute sind wir etwa fünfzehn Personen, die das Projekt tragen. Wir waren von Anfang an alle ehrenamtlich tätig, und im Laufe des Jahres 2023 haben wir begonnen, finanzielle Unterstützung zu erhalten, wodurch wir zwei Vollzeitäquivalente schaffen konnten, um uns weiterhin voll einbringen zu können. Es gibt etwa hundert Freiwillige, die entweder in speziellen Arbeitsgruppen oder in lokalen Gruppen tätig sind. Im Anschluss an die Recherchereisen, bei denen wir verschiedene Gebiete kennenlernen, sollen sich lokale Gruppen bilden, die in den jeweiligen Regionen eine selbstständige Dynamik ermöglichen. So wird die Verbindung zu den Bauern, Bäuerinnen und Handwerkerinnen vor Ort fortgesetzt, der

Austausch intensiviert und das Netzwerk ausgebaut. Das Hauptziel von A4 ist es, dass die Organisation von denjenigen getragen wird, an die sie sich richtet, und nicht von denjenigen, die über bessere Französischkenntnisse verfügen, sich besser ausdrücken können oder in einer entscheidenden Position sind. Wir sind davon überzeugt, dass wir unsere Würde nur dann wiedererlangen können, wenn wir unser Leben selbst in die Hand nehmen.

Das kann Zeit brauchen, aber wir nehmen uns diese Zeit: Zeit zum Übersetzen, Zeit zum Erklären, Zeit, um sicher zu stellen, dass alle verstehen und sich ausdrücken können, Zeit, um uns gegenseitig durch die Schwierigkeiten zu begleiten, die wir durchmachen, und Zeit, um durch die aktive Beteiligung jedes/r Einzelnen wirksamer zu sein als durch schnelle Fortschritte. Ebenso müssen viele Verhaltensweisen von Rassismus abgebaut werden, und wir bilden uns weiter, um diese horizontalen und respektvolleren Funktionsweisen zu verbessern. Wir halten alle drei bis vier Monate mehrtägige Präsenztreffen per Videokonferenz ab und arbeiten in Zweier- oder Dreiergruppen, wobei jede Person bestimmte Aspekte eines Projekts beherrscht und wir uns gegenseitig beobachten und inspirieren. Auf diese Weise möchten wir erreichen, dass jede/r seine/ihre Kompetenzen erweitert, sich weiterbildet und seine/ihre Projekte vorantreibt. Wir helfen uns gegenseitig, indem wir unser Know-how miteinander teilen.

Wie weit sind wir heute?

In den zwei Jahren unseres offiziellen Bestehens haben wir bereits für rund fünfzig Personen an fünfzehn verschiedenen Stellen Ausbildungsplätze und Praktika gefunden – unter anderem in der Konservenindustrie, als Koch, in der Saisonarbeit, in einer Bäckerei, im Gemüseanbau, auf Baustellen ... Wir haben 3000 m² Gewächshäuser in Lannion (mit Erdnüssen, Paprika, Ananas...) aufgebaut, 5 Recherchereisen gemacht, 5 lokale Gruppen gegründet (in Grenoble, Lannion, St Affrique, in der Ile-de-France und im Anjou). Trotzdem fühlen wir uns noch immer wie am Anfang dieses Abenteuers. Wir müssen noch viel lernen, und die verschiedenen Zusammenkünfte und Kooperationen ermöglichen es uns, Lösungen für die Hindernisse zu finden, die auftreten können: Arbeitgeberzusammenschlüsse von Bauern und Bäuerinnen, die allein kein volles Gehalt erwirtschaften können. Verbindungen zwischen Gastgeberinnen und Unterstützungsvereinen, um die Aufnahme gemeinsam zu bewältigen und vieles mehr. Wir möchten auch unsere Kompetenzen zur Geltung bringen. Denn auch wenn unsere Diplome in Frankreich nicht anerkannt sind, beherrschen wir Techniken, besitzen Fähigkeiten und haben Studienabschlüsse, die wir gerne in die Praxis umsetzen und auch an andere weitergeben möchten. Wir suchen nach würdigen Arbeits- und Lebensbedingungen, denn was die Arbeit an sich betrifft, sind wir in Manchem schon Expertinnen und Experten.

Das A4 – Kollektiv

1. Die ZAD («Zone à défendre») von Notre-Dame-des-Landes bei Nantes steht für den erfolgreichen Ausgang einer jahrelangen Besetzung von einem Gelände, das für den Bau eines Flughafens vorgesehen war. Auf der ZAD wird heute alternative und bäuerliche Landwirtschaft betrieben.

Georgischer Alb-Traum?

Seit Mitte April 2024 finden in Georgien massive Demonstrationen statt: in der Hauptstadt Tiflis, aber auch in vielen anderen Städten des Landes (Batumi, Kutaisi, Gori, Telavi...). Im Mittelpunkt der Forderungen steht das Gesetz über «ausländischen Einfluss», aber auch andere Gesetzesvorschläge werden angeprangert.

In Tiflis finden die Demonstrationen jeden Abend vor dem Parlament auf der «Rustaveli-Allee» statt. Manchmal ist sie so voll, dass Platzkarten erstellt wurden, um sich treffen zu können. In einem Land mit 4 Millionen Einwohner:innen, von denen 1,5 Millionen in der Hauptstadt leben, wurden am 11. Mai trotz strömenden Regens 200.000 Menschen auf den Strassen gezählt. An manchen Abenden marschieren nur einige Demonstrant:innen durch die Stadt, dann aber plötzlich wieder sehr viele. Sie marschieren zum Sitz der Regierungspartei «Georgischer Traum – Demokratisches Georgien» (kartuli otsnebademokratiuli sakartvelo, KO) und zu den Büros der EU-Delegation oder sie treffen sich, um bestimmte Strassen oder Verkehrsadern zu blockieren. Am 6. Mai war die Kreuzung am «Heroes Square» stundenlang besetzt und legte den Verkehr in der Stadt lahm – ein Novum in der georgischen Geschichte.

Die Proteste richteten sich gegen die Anfang April angekündigte Einführung eines Gesetzes gegen «ausländische Agenten», das offiziell unter dem Titel «Über die Transparenz des ausländischen Einflusses» in die Verfassung aufgenommen werden sollte. Die Regierung hatte bereits im vergangenen Jahr versucht, dieses Gesetz zu verabschieden, bevor sie vor dem Druck der Bevölkerung zurückschreckte. Abgesehen von einer geringfügigen Änderung des Wortlauts (es wird nun von «ausländischem Einfluss» und nicht mehr von «ausländischen Agenten» gesprochen) handelt es sich im Wesentlichen um denselben Gesetzesvorschlag: Jede Organisation, die mehr als 20 Prozent ausländische Gelder erhält, muss sich zwingend als «Kraft, die den Interessen einer ausländischen Macht dient» registrieren lassen oder eine beträchtliche Geldstrafe zahlen. Offiziell wird das Gesetz von der Regierung als Mittel zur Stärkung der georgischen Souveränität angepriesen, indem es angeblich die CSOs (Civic Societies Organisations) und die Medien transparenter machen würde. Das Gesetz wird jedoch von den Demonstrierenden als Instrument der Kontrolle und Bevormundung betrachtet.

Auch andere Gesetzesvorschläge werden angeprangert: Das Gesetz zur Aufhebung der Geschlechterquoten auf Wahllisten (verabschiedet am 4. April 2024); das Gesetz über Steuern auf ausländisches Kapital – ein Gesetz, das laut seinen Gegner:innen die Geldwäsche in Georgien fördern und nur den Oligarch:innen zugutekommen wird (verabschiedet am 19. April); oder der Gesetzes-

vorschlag zum Schutz der Familienwerte, der eine effektive Zensur aller Veranstaltungen, Bücher, Organisationen usw. ermöglichen würde, die sich auf LSBTIQ*-Themen oder -Personen beziehen (in Diskussion). Und zunehmend wird die Regierung als Ganzes von den Demonstrierenden abgelehnt.

Regierungspartei «Georgischer Traum»

Im Jahr 2012, als die Regierung von Micheil Saakaschwili unter Beschuss stand, kursierten im Internet Videos von Gefangenen, die gefoltert wurden und entwürdigenden Bedingungen ausgesetzt waren (siehe «Gldani Prison Scandal»). Auch ein Lied zur Unterstützung der Gefangenen und gegen das herrschende politische System wurde geschrieben. Dieser Skandal bringt «Georgischer Traum» an die Macht – eine neue Partei, die von der Oligarchin Bidzina Ivanishvili gegründet wurde und die verspricht, die Lebensbedingungen in den Gefängnissen radikal zu verändern. Zwölf Jahre und zwei Wiederwahlen (2016, 2020) später, so die Worte eines Bekannten, «ist dies das Einzige, was sie getan haben».

In Richtung der Parlamentarier:innen von «Georgischer Traum» skandieren die Demonstrierenden «Monebo» (Sklaven) und «Rusebo» (Russen). Sie prangern deren Korruption und offen zur Schau gestellte Nähe zur russischen Regierung an. Letzte Woche sprühte jemand während einer der Kundge-

bungen in grossen Lettern auf die Fassade des Parlaments: «Zu verkaufen». Am 14. Mai tauchten zwei weitere Graffiti auf: «fuck russian dream» und «Dieses Land ist unser Land». Die pro-russische Führung der derzeitigen Regierung ist der Kern des Zorns von vielen Georgier:innen, die sich von der imperialistischen Macht Russlands entfernen möchten, insbesondere seit dem Wiederaufflammen des Krieges in der Ukraine im Jahr 2022.

«Russische» Gesetze

Einer der Schlachtrufe bei den Demonstrationen lautet «Ara rusul kanons» – Nein zum russischen Gesetz. Tatsächlich gleicht das georgische Gesetz über «ausländischen Einfluss» dem 2012 in Russland verabschiedeten Gesetz «Über die Regulierung der Aktivitäten von gemeinnützigen Organisationen, die als Agenten des Auslands tätig sind» (Föderales Gesetz 102766-6) wie ein Ei dem anderen. Dies gilt auch für das homophobe Gesetz «Über Familienwerte und den Schutz von Minderjährigen», dessen Beratung im georgischen Parlament im März angekündigt wurde: Es imitiert das russische Gesetz «zum Schutz von Kindern vor Informationen, welche die Leugnung traditioneller Familienwerte befürworten» von 2013 (Bundesgesetz §135-φ3), das besser bekannt ist als «Gesetz gegen LGBT-Propaganda gegenüber Minderjährigen» oder «Das Anti-Gay-Gesetz».

Die Reden der regierenden Politiker:innen betonen den notwendigen Schutz der georgischen Souveränität und das Misstrauen gegenüber den europäischen und US-amerikanischen Institutionen, welche NGOs und unabhängige Medien in Georgien subventionieren; zwei Punkte, die legitim erscheinen mögen. Was den politischen Aspekt der «karitativen» Finanzierung betrifft, kann man an den jüngsten Skandal um die Streichung der UNRWA-Finanzierung für Palästina denken. Aber wir auf der Strasse lassen uns nicht täuschen: Diese Gesetze sollen nicht vor einer möglichen europäischen/US-amerikanischen Kontrolle schützen, sondern eine tatsächliche georgische (oder sogar russische) Kontrolle erzwingen. Die Motive – Souveränität, Schutz nationaler «Werte» – werden ausge-



Die Georgier:innen differenzieren zwischen Putin, Russland als Aggressionsmacht und den einzelnen Russ:innen.
Foto: Andreas Hahm-Gerling

nutzt, um zu versuchen, jede abweichende Stimme zu ersticken und sich an der Macht zu halten.

Die Folgen des Gesetzes

Trotz des Scheiterns des ersten Versuchs, dieses Gesetz im vergangenen Jahr durchzusetzen, und trotz der aktuellen Mobilisierung, die nicht nachlässt, sondern im Gegenteil noch zunimmt, hat sich die georgische Regierung geweigert, einen Rückzieher zu machen. In Georgien muss ein Gesetz, um verabschiedet zu werden, drei Abstimmungen im Parlament durchlaufen, wobei «Georgischer Traum» automatisch eine Mehrheit besitzt. Die 84 Parlamentarier-innen der Partei stimmten jedes Mal einstimmig dafür, und bei der dritten Abstimmung wurde das Gesetz am 14. Mai nach 67 Sekunden Beratung verabschiedet. Die Demonstrationen gehen also weiter.

Die Registrierung als «Organisation, die den Interessen einer ausländischen Macht dient» zielt vor allem auf zivilgesellschaftliche Organisationen und unabhängige Medien ab und würde die Unabhängigkeit dieser Organisationen in ihrem Handeln und Wirken effektiv einschränken, indem :

- sie in der Öffentlichkeit stigmatisiert werden,
- sie einem erheblichen Verlust ihrer Finanzierung ausgesetzt werden,
- ihnen schwere und belastende Verwaltungsprozesse auferlegt werden,
- eine Überwachung ihrer Aktivitäten durch staatliche Institutionen ermöglicht und insbesondere Ermittlungen über ihre Aktivitäten ohne festgelegten Rahmen zugelassen werden. Das kann bedeuten: unangekündigte Polizeibesuche, Durchsuchungen, Beschlagnahmungen in den Büros der Organisationen...
- ein öffentlicher Zugang zu personenbezogenen Daten von Organisationen gefordert und das Justizministerium ermächtigt wird, diese Informationen zu untersuchen, zu sammeln und öffentlich zu verbreiten, «wenn das Ministerium es für notwendig hält».

In Russland hat es das «Gesetz über ausländische Agenten», das manchmal in Kombination mit dem Gesetz über «LGBT-Propaganda gegenüber Minderjährigen» eingesetzt wird, im Laufe von zehn Jahren tatsächlich geschafft, abweichende Stimmen aus der Zivilgesellschaft zum Schweigen zu bringen. Viele Organisationen und Medien sind ins Exil gegangen oder haben sich aufgelöst, weil gegen sie Gerichtsverfahren eingeleitet worden waren und ihre Mitglieder bedroht und sogar körperlich angegriffen wurden. Ein ähnliches Szenario wird in Georgien befürchtet. Befürchtet wird auch, dass der Beitritt zur Europäischen Union in Frage gestellt wird. Georgien hat zwar den Status eines EU-Kandidaten für Dezember 2023 erhalten, doch die repressive und prussische Haltung der Regierung lässt die EU-Perspektive, die laut jüngsten Umfragen von 80 Prozent der Bevölkerung unterstützt wird, in weite Ferne rücken. Häufig begleiten europäische Flaggen die georgischen Flaggen bei Demonstrationen und Viele skandieren «Wohin gehen wir?» - «Nach Europa».

Am 7. Mai forderten 30 Mitglieder des Europäischen Parlaments, die georgische Kandidatur angesichts der neuen Gesetze, aber auch wegen der Unterdrückung der Demonstrationen, zu überdenken.

Homophobie und Polizeigewalt

In Russland hat die Einführung des Gesetzes gegen «LGBT-Propaganda gegenüber Minderjährigen» zu einem realen Anstieg der Homophobie geführt und eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen gezwungen, das russische Hoheitsgebiet zu verlassen. Gesetze dieser Art beruhen zwar auf tatsächlichen und bereits bestehenden homophoben Gefühlen (in Russland, Georgien und den meisten Gesellschaften), tragen aber aufgrund der durch sie erzwungenen Debatten auch dazu bei, diese Gefühle entstehen zu lassen und zu verstärken.

Während die Stimmung im April trotz der bereits hohen Polizeipräsenz eher ruhig war, ist die Situation seit der zweiten Verabschiedung des Gesetzes am 1. Mai zunehmend gewalttätig. Neben dem massiven Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern werden vor allem die extrem brutalen Methoden des Polizeikorps und der Spezialeinheiten angeprangert. Instagram ist überschwemmt mit Videos von Gewalt, geschwollenen Gesichtern, am Boden liegenden Personen, die zusammen-

geschlagen und gewaltsam in Polizeiautos gezerrt werden. Einige Oppositionelle wurden zu Hause festgenommen, andere erhielten Drohanrufe oder wurden zum Gegenstand von «Kompromat» – Video- oder Audiomontagen, die darauf abzielen, eine-n Oppositionelle-n zu diskreditieren oder zu kriminalisieren. Und dennoch stehen um vier Uhr morgens immer noch Zwanzigjährige in Miniröcken vor den Barrikaden, Zigaretten rauchend und als einzigen Schutz einen Mundschutz um den Hals; halten Zehntausende trotz des Gases die «Rustaveli Avenue» bis zum Morgengrauen besetzt. Auf diese brutalen, kriminellen Methoden der Polizei reagieren die Demonstrant-innen mit: Die sind es, die Angst haben.

Mehrere Mitglieder von «Georgischer Traum» sagten in Bezug auf die gegen sie gerichteten Demonstrationen: «Dies ist nicht der Maidan, wir sind nicht Janukowitsch», in Anspielung auf den Sturz des ukrainischen Regimes von Viktor Janukowitsch im Jahr 2014 nach riesigen Demonstrationen auf dem Maidan, dem zentralen Platz in Kiew. Sie scheinen sich nicht bewusst zu sein, dass ihre öffentlichen Widerlegungen eine Entwicklung in diese Richtung nur noch weiter fördern.

Marguerite Dauvois, Forscherin, Tbilisi



Des voyageurs qui disparaissent, Bruno Catalano. Eine Allegorie auf die vielen verschwundenen Migrant-innen.

Die Türkei – ein «sicheres Drittland»?

Migrant·innen werden in der Türkei oft instrumentalisiert und zeitweise als Druckmittel gegenüber der EU oder zu Propagandazwecken gegen Griechenland eingesetzt. Gleichzeitig wird das Klima ihnen gegenüber immer feindseliger. Teil 3*

Migrant·innen werden in der Türkei häufig als Schachfiguren in den politischen Spielen eingesetzt, die Erdogan mit der Europäischen Union treibt. Im Jahr 2020 schickte die Regierung Busse an die Landgrenze zu Griechenland, um zu versuchen, die EU einzuschüchtern. Hunderte von Menschen versuchten, den Grenzzaun zu stürmen – es gab mehrere Tote. Auf Lesbos beobachten wir oft einen Anstieg der Zahl der Menschen, die versuchen, die Türkei zu verlassen, je nachdem, wie die politischen Beziehungen zwischen ihr und Griechenland oder der EU aussehen. Wir sind darüber informiert, weil die türkische Küstenwache jede Woche auf

ihrer Website Zahlen über die Personen veröffentlicht, die nach einem Pushback im Meer gefunden bzw. gerettet wurden. Wenn man dies mit der Anzahl der Neuanmeldungen auf den Inseln kombiniert, kann man die Anzahl der Personen schätzen, die in einem bestimmten Zeitraum versucht haben, die Grenze zu überqueren, zusätzlich zu der Zahl, die in die Türkei zurückgebracht wurden. Diese Zahlen und die Pushbacks aus Griechenland werden von der Türkei zu Propagandazwecken gebraucht. Im vergangenen Jahr verfasste unter anderem die New York Times einen ausführlichen Bericht über Pushbacks, der auf Informationen der türkischen Küsten-

wache beruhte. Bei mehreren Gelegenheiten nutzte sie Push-back-Videos zu ihrem Vorteil, um von der Situation an der Ost- oder Südgrenze abzulenken.

Die Anwältin Esem in Izmir teilte mir während unseres Gesprächs eine Geschichte mit, die verdeutlicht, wie sehr sich die Türkei auf Pushbacks als Propagandainstrument konzentriert: «Vor einem Jahr hatte ich einen Klienten aus Kamerun. Er wollte mit anderen nach Griechenland, aber sie wurden in türkische Gewässer zurückgebracht. Seine Freunde starben, er aber überlebte. Dann fing die Beamten von Genderame an, mich anzurufen und mir zu sagen, dass sie ein Gespräch mit meinem Klienten führen wollten. Sogar der Leiter der Haftanstalt rief mich an. Sie bestanden sehr stark darauf. Also bat ich ihn um Erlaubnis und er stimmte zu. Sie boten ihm internationalen Schutz an und er nahm ihn innerhalb eines Tages an. Sie führten ein Interview mit ihm und veröffentlichten es auf YouTube auf dem Kanal Gendearma.»

Menschen vom afrikanischen Kontinent in der Türkei befinden sich in der Regel in einer sehr unsicheren und illegalen Situation, aber dieser Kameruner hatte plötzlich Glück (im Unglück), weil er für die Propaganda missbraucht werden konnte. Dies zeigt also, wie bereitwillig die türkischen Behörden Beweise für Pushbacks beschaffen, die sie gegen Griechenland verwenden können. Gleichzeitig schiebt die Türkei kontinuierlich Menschen in Länder wie Afghanistan ab und hat auch ihre eigenen Abschiebepraktiken an ihren Ost- und Südgrenzen.

EU-Türkei: Vorbild für andere Staaten?

Nach der ersten Öffnung der Grenze zu Syrien im Jahr 2015 wurde schnell klar, dass eine grosse Anzahl von Menschen über die Ägäis-Route nach Europa gelangen würde. Die Syrer·innen, die sich dafür entschieden hatten zu bleiben, wurden als «Gäste» begrüsst, was bedeutete, dass sie besser gehen sollten, sobald der Konflikt in Syrien gelöst wäre. Dies geschah jedoch bis heute nicht, und es wurde schnell deutlich, dass diese Menschen grösstenteils nicht zurückkehren würden und dass Europa nicht noch mehr von ihnen aufnehmen wolle. Dies führte zu dem Ende 2016 unterzeichneten europäischen Abkommen. Die Türkei sollte ab nun die Migrant·innen daran hindern, die Grenze zu überqueren, und dafür, als Gegenleistung, hohe Geldsummen erhalten. Dies markierte einen Wandel sowohl in der Türkei als auch in Europa. Auf beiden Seiten wurde die vorherige Aufnahmebereitschaft zu Feindseligkeit. Hier handelt es sich um ein ikonisches Element der europäischen Migrationspolitik der letzten Jahre, wobei ähnliche Abkommen inzwischen auch mit anderen Ländern geschlossen wurden.

Die Auswirkungen des Abkommens auf Lesbos sind uns bekannt. Inhaftierungen, erschwerte Asylverfahren und die Einstufung der Türkei als «sicheres Drittland» sind nur einige davon. Auch wenn das Abkommen darauf abzielte, Migrant·innen am Überqueren der Grenze zu hindern, scheinen zum jetzigen Zeitpunkt einige seiner Auswirkungen das Gegenteil zu bewirken. Immer mehr Menschen überqueren in letzter Zeit die Ägäis, trotz der tödlichen Pushbacks und der



zunehmenden Anstrengungen der türkischen Polizei und Küstenwache. Menschen, die zurückgeschoben werden und überleben, versuchen es höchstwahrscheinlich erneut.

Der Stadtplaner Omar, der sich schon lange für Migrant:innen im Stadtteil Basmani in Izmir einsetzt, erzählt: «Vor kurzem hat ein Freund von mir, der eine Familie hat, beschlossen, aufgrund der verstärkten Kontrollen und des Rassismus in der Türkei nach Griechenland umzuziehen. Die Kommunalwahlen stehen vor der Tür und das hat die geflüchteten Menschen sehr verunsichert. Sie müssen arbeiten, sie müssen sich sozialisieren und das alles ist wirklich schwierig geworden. Sie können keine Arbeit mehr finden. Tag für Tag stellen sich die Menschen mehr gegen die Geflüchteten. Sie wollen nicht mehr mit ihnen in Kontakt kommen und auch nicht mit ihnen arbeiten, sodass diese kein Geld verdienen können und keinen Platz in der türkischen Gesellschaft finden. Zusammen mit einer anderen syrischen Familie konnte ich keine Wohnung zum Mieten finden. Alles lief gut, ich wäre der Garant für den Vermieter gewesen, aber der hat nicht zugestimmt, weil es eben Syrer waren. Früher war es nicht so kompliziert, wenn man Geld oder eine Garantie hatte, ging das okay.» Omar betont, dass für ihn die Auswirkungen des EU-Türkei-Abkommens einer der Hauptgründe sind, warum die Menschen derzeit nach Europa

auswandern. Esem bestätigt dies und erklärt, dass die Menschen im Gegensatz zu früher keinen Flüchtlingsstatus oder internationalen Schutz mehr beantragen, sondern die Türkei so schnell wie möglich verlassen wollen, um nach Europa zu gelangen.

Die Türkei: KEIN «sicherer Drittstaat»

Die Folgen sind in ganz Basmani zu sehen. Die zahlreichen Geschäfte, in denen Gold gegen Bargeld getauscht wird, sind voll von Migrant:innen. Es gibt auch noch viele Migrant:innen auf den Strassen und die Präsenz der Behörden ist verstärkt spürbar: durch Kontrollen, Überwachung, aber auch durch den subtilen Wechsel der Ladenschilder von Arabisch auf Türkisch unter Androhung von Bussgeldern gegenüber den Besitzer:innen. Die Verhaftung einer Frau in Basmani, die ich miterlebt habe, war brutal und gewalttätig und hat mich persönlich sehr schockiert. Das Wissen, dass solche Verhaftungen an der Tagesordnung sind, und die Tatsache, dass es aus den Flüchtlingszentren heraus zu Massenabschiebungen kommt, macht mich traurig und wütend. Wütend, weil die Europäische Union darauf besteht, dass die Türkei ein «sicheres Drittland» sei. Traurig, weil ich weiss, dass dies sicherlich nicht der Fall ist. Aber damit die unmenschliche Asylpolitik Europas fortgesetzt werden kann, muss dies der Fall sein. Es ist eine fast orwellsche

Wendung: Solange sie es sagen, müssen sie es auch glauben. Und sie müssen es glauben, damit diese zynische Vereinbarung immer wieder erneuert wird. Und während dieser Artikel geschrieben wird, verhandelt die EU ihr Abkommen mit der Türkei neu und schliesst auch ähnliche Abkommen mit anderen umstrittenen Regierungen am Rande der Union ab. Sie zeigt keinerlei Anzeichen, von diesem Weg abzuweichen, nein, sie macht die Lüge von den «sicheren Drittstaaten» zu einer internationalen Tatsache.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Türkei für Migrant:innen und Geflüchtete nicht «sicher» ist. Ihr Leben wird im besten Fall durch das derzeitige soziale Klima und die staatlichen Kontrollen erschwert oder gar unmöglich gemacht. Im schlimmsten Fall werden sie von den Behörden und einem Teil der Bevölkerung gejagt und diejenigen, die willkürlich verhaftet werden, laufen Gefahr, verletzt und abgeschoben zu werden.

Dirk Tobias Reijne,
No Border Kitchen, Lesbos

*Die in diesen Texten (1., 2., 3. Teil des Artikels) enthaltenen Informationen und Aussagen basieren auf Interviews, die zwischen dem 29.9. und dem 4. 10. 2023 mit den Teilnehmer:innen geführt und mit deren Genehmigung verwendet wurden, sowie auf persönlichen Erfahrungen und Berichten verschiedener Organisationen, die in den Fussnoten aufgeführt sind. Ein besonderer Dank geht an Hibai Arbide Ada und Diyar Saraçoğlu.

Alle drei Teile sind nachlesbar auf forumcivique.org.

GAZA/SAATGUT

Saat der Hoffnung

Als Teil seiner Politik, den Gazastreifen unbewohnbar zu machen und die Gesellschaft zum Einsturz zu bringen, hat Israel bereits 50 Prozent der Bäume und des Ackerlandes in Gaza zerstört und die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Hilfsgütern, insbesondere in den Norden, stark eingeschränkt. Angesichts der Zerstörung des Lebensraums und der Ressourcen und der so herbeigeführten Hungersnot in Gaza, sind heute die Dachgärten, Hausgärten und Gemeinschaftsgärten für die Selbstversorgung besonders wichtig.

Einst bekannt für seine üppigen Obstplantagen, insbesondere von Zitrusfrüchten, ist der Norden des Gazastreifens, in dem auch die Stadt Gaza liegt, zurzeit vollständig vom restlichen Teil abgeschnitten. Das Ausmass der Schäden und Zerstörungen seit der ununterbrochenen israelischen Bombardierung dieses Gebietes ist katastrophal. Die israelischen Streitkräfte haben landwirtschaftliche Flächen, 90 Prozent aller Gewächshäuser, Olivenhaine und Geflügelfarmen dem Erdboden gleichgemacht.

Wir leiten hier den Aufruf zur Hilfe für gefährdete und vertriebene Familien in Gaza weiter, die mit dem Wiederbeleben von Dach-, Haus- und Gemeinschaftsgärten sowie landwirtschaftlichen Betrieben ihre Selbstversorgung absichern wollen – eine Initiative, die Leben retten kann und die wir unterstützen.¹

Die Saat der Hoffnung säen

«Mein Name ist Laila El-Haddad. Ich bin eine palästinensische Schriftstellerin aus Gaza und Mutter von vier Kindern. Viele von

Euch kennen mich vielleicht als Mitautorin von ‚The Gaza Kitchen: eine palästinensische kulinarische Reise‘. Ich bin auch eine begeisterte Gärtnerin, und obwohl ich aus Gaza-Stadt stamme, bin ich im Herzen eine Bäuerin! Die Landwirt:innen stehen mehr als alle anderen für die tiefe Verwurzelung der Palästinenser:innen mit ihrem Land.

Ich organisiere diese Kampagne, um Landwirt:innen und Familien im am stärksten betroffenen und am meisten abgeschnittenen Gebiet des Gazastreifens (Beit Lahiya) zu helfen, ihre eigenen Dach- und Hausgärten anzulegen – ein kleiner Schritt in Richtung Selbstversorgung und weg von der Abhängigkeit von Hilfsgeldern. Landwirtschaft im grossen Stil ist immer noch zu gefährlich, und alle internationalen und lokalen Hilfsorganisationen mussten aus dem Norden evakuiert werden, so dass die Bevölkerung besonders gefährdet ist.

Wie werden wir das schaffen?

Ich habe monatelang recherchiert und mich mit Agrarexpert:innen im Gazastreifen und im Ausland beraten, um herauszufinden, wie die Palästinenser:innen am sichersten und effektivsten mit frischen Produkten versorgt werden können. Dann habe ich mich mit der ‚Gaza Palestinian American Association‘, einer anerkannten gemeinnützigen Organisation in den Vereinigten Staaten, sowie

mit einem Team lokaler Landwirt:innen und Partner:innen in Gaza zusammengetan, die die für den Aufbau der Hausgärten vor Ort und die Durchführung des Projekts erforderlichen Materialien beschaffen.

Yousef S. ist ein unermüdlich hoffnungsvoller junger Landwirt aus dem nördlichen Gazastreifen, den ich vor kurzem kennengelernt habe. Wie viele andere wurden auch sein Haus und sein Hof bei einem israelischen Luftangriff zerstört. Aber er weigert sich aufzugeben. Für Palästinenser:innen wie Yousef ist die Landwirtschaft, vor allem in Zeiten des Völkermords und des Ökozids, ein Akt tiefen Glaubens und die Verkörperung von ‚Sumood‘ – dem palästinensischen Konzept der unerschütterlichen Beharrlichkeit.

Yousef und sein Team arbeiten bereits rund um die Uhr, um Setzlinge lokaler Sorten zu beschaffen und zu züchten, die verteilt werden sollen, sowie andere Materialien, die benötigt werden, um Familien mit den Ressourcen auszustatten, die sie dringend benöti-

gen, um ihre eigenen Haus-, Stadt-, Innenhof- und Gemeinschaftsgemüseärten anzulegen, je nachdem, welche Flächen ihnen zur Verfügung stehen, einschliesslich derjenigen, die in UN-Schulen untergebracht sind.

Für jede Familie

Jede Familie wird mindestens 30 Setzlinge von verschiedenen Gemüsesorten der Saison (palästinensische Sommerkürbisse, Peperoni, Auberginen, Gurken und Tomaten), sowie 80 Gramm lokales Saatgut (Dill, Mulukhiya, Mangold), Kompost, Erde und Zusatzstoffe, Kunststoff-Pflanzgefässe, falls erforderlich, sowie eine Schulung und Betreuung durch Landwirtschaftsexpert:innen erhalten. Darüber hinaus wollen wir mit den Spenden mehrere Solarpaneele finanzieren, mit denen Gemeinschaftsbrunnen betrieben werden können, auf welche die Familien zur Bewässerung ihrer Gärten angewiesen sind (derzeit ist der Zugang zu Wasser aufgrund eines Einfuhrverbots für Treibstoff auf ein-

mal alle zehn Tage beschränkt).

Mit Eurer Unterstützung² können wir den palästinensischen Familien helfen, die Saat für eine bessere Zukunft auszustreuen, Hoffnung zu schöpfen und wieder etwas von ihren eigenen Lebensmitteln anzubauen! Gemeinsam werden wir den Familien im Norden Gazas helfen, gesunde Lebensmittel für sich selbst, ihre Nachbarn und Freund:innen anzubauen!>>

Laila El-Haddad

1. Wir haben diesen Aufruf von unserem Freund Philip Rizk erhalten, der einige Zeit in Gaza gelebt hat und seit langem mit Laila El Haddad befreundet ist. Er ist Filmemacher und Schriftsteller und lebt mit seiner Familie in Berlin. Seine Partnerin kommt aus Gaza, er aus Ägypten.

Er hat uns vor einigen Jahren über 15th Garden kennengelernt und hat die Übersetzung unserer Videos über Saatgutherstellung (hergestellt in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kooperative Longo má) ins Arabische durchgeführt. Hier eine Radiosendung (auf Französisch), die wir vor einigen Jahren mit ihm für Radio Zinzine zur Ägyptischen Revolution gemacht haben: <http://www.zinzine.domainepublic.net/?ref=2988>

2. Das Europäische Bürger:innen Forum unterstützt diese Initiative. Sie können jedoch gerne auch direkt über diese Website spenden: <https://www.zeffy.com/en-US/fundraising/c7a7ca13-370e-41b4-91b7-cc6e6e2cb620>

über pro-palästinensische Woke lustig, indem sie karikierte Figuren mimen, die mit Keffies und rot-schwarz-grünen Fahnen drapiert sind und alles für die Hamas tun würden, die ihnen aber offen droht, sie alle zu töten, während der Idiot und die Idiotin in die Hände klatschen und die Hamas «so cute» (so niedlich) finden. Das Video soll zeigen, dass es selbstmörderische Naivität ist, wenn man nicht bedingungslos diejenigen unterstützt, die Gaza bombardieren. Und der Film stellt dies in einen direkten Zusammenhang mit Schwulsein, Linkssein und Schwäche.

Ich habe in Palästina gelebt. In Israel. In Tel Aviv. Ich war dort glücklich. Sehr. Es war eine unglaubliche Zeit. Es gab ein erfindarisches und subversives Kino. Eine verrückte Musikszene. Austausch auf beiden Seiten der Grenze. Einen Protest. Jeder dachte über die «Matzav», die Situation, nach. Niemand stimmte zu, aber alle dachten nach. Ich bin schon lange nicht mehr «dorthin» zurückgekehrt. Die meisten Freund:innen, die ich dort hatte, sind weggegangen, weil sie sich Sorgen um ihre geistige Gesundheit und um ihre Nachkommen machten. Diejenigen, die gegangen sind, fühlen sich jedoch schuldig gegenüber denjenigen, die geblieben sind. Als ob die Entscheidung, die eigene Haut zu retten, zwangsläufig auf Kosten des Kollektivs gegangen wäre, das für den Aufbau des jüdischen Staates so zentral ist.

Das israelische Kollektiv ist krank

Und das nicht erst seit dem 7. Oktober. Die Zeiten der Kibbuzim und der Kooperativen sind längst vorbei. Ich lese in vielen Tribünen, dass es dieses Israel war, das von der Hamas angegriffen wurde, dass mehrere der Geiseln für den Frieden gekämpft haben. Ja, aber. Der israelische Staat ist ein Kolonialstaat, also wird er angegriffen. Als Antwort verteidigt er sich. Und es bleibt einem nichts anderes übrig, als festzustellen, dass ein Kolonialstaat, wenn er sich rächt, das tut, was ein Kolonialstaat normalerweise tut: Er unterdrückt mit Gewalt. Nur tut er normalerweise

ISRAEL

An meine drei Söhne

Ich möchte über das schreiben, was passiert, seit «es» passiert. Und mir ist beim Schreiben klar, dass ich es in erster Linie für mich tue, um verworrene Eindrücke zu klären, indem ich sie mit Worten eingrenze.

Aber auch, weil dieser Raum des «Clubs»¹ während meines Aufenthalts in Israel/Palästina ein besonders reicher Ort des Austauschs und der Reflexion war. Ich bin Jüdin und seit fast elf Jahren habe ich Kinder. Ich habe drei Söhne. Jüdische, de facto, da man sich über die Mutter «ansteckt». Das Schreiben bringt die Sachen auf Distanz und ermöglicht es, über sie nachzudenken – ein wenig.

Was bedeutet «jüdisch», Mutter? Ich weiss es nicht. Wirklich, ich weiss es nicht. Ich bin nicht religiös, ich «glaube» nicht. Aber ich habe eine jüdische Kultur. Und ich würde das gerne ein wenig an meine Kinder weitergeben. Ein jüdischer Witz besagt, dass es so viele Interpretationen gibt, was es bedeutet, Jude oder Jüdin zu sein, wie es Juden und Jüdinnen auf der Welt gibt. Zum Beispiel: Eines Tages kam ein Jude und sagte: «Alles ist Liebe. Ein anderer kam und sagte: Alles ist Wirtschaft. Ein dritter sagte: Alles ist Sex. Ein anderer sagte: Alles ist relativ.»

Noch ein anderer Witz

Nicht ein jüdischer, sondern ein israelischer. Ein Rätsel: Was war die wahre Endlösung des jüdischen Problems? Antwort: Die Gründung des hebräischen Staates, der das auserwählte Volk in ein Volk wie jedes andere verwandelte, das Volk Israels in das Volk des Landes Israel. Haha. Den israelischen Freund, der mir diesen Witz erzählt hatte, habe ich gestern (Anfang November 2024, Anm. d.

Red.) endlich angerufen. Vorher hatte ich mich nicht getraut, weil ich nicht wusste, was ich sagen sollte. Auch wenn er jetzt nach Frankreich gezogen ist, auch wenn ich mir vorstellte, dass er, wie ich, entsetzt über den Bombenhagel auf Gaza ist, dachte ich plötzlich, wenn wir uns nicht einig sind, werde ich es schwer haben, darüber hinwegzukommen und ich habe ihn nicht gleich angerufen. Ein bisschen aus Feigheit, ein bisschen aus Zärtlichkeit.

Gestern, am Telefon, sagt er mir, dass sein Witz heute niemanden mehr in Israel zum Lachen bringen würde. Er sagt mir, alle seien in einem Katastrophen-Modus. Er spricht von Benommenheit. Er erzählt mir von der Unmöglichkeit, aus seinem Pariser Exil heraus mit denjenigen zu denken, die «dort» geblieben sind, mit denjenigen, die am 7. Oktober «dort» waren. Er sagt mir: «Ich versuche mich mit ihnen auszutauschen, aber es ist kein Austausch» - ich höre zu und das ist alles. Er sagt auch: «Die Israelis sind wie Vergewaltigungsoffer. Wir sind verpflichtet zuzuhören, nicht zu reagieren.» Ich verstehe, was er meint, glaube ich.

Er spricht über den Hass

Er sagt, dass der Hass an völlig unpassenden, nie dagewesenen Orten zu finden ist. Er schickt mir ein bizarres Video, das auf einem amerikanischen Campus gedreht wurde. Eine junge Frau und ein junger Mann machen sich

so, als ob er das aus einem bestimmten deontologischen Pflichtenheft heraus tun würde. Das klingt wie ein Witz, aber es ist nichts Lustiges daran. Heute respektiert der Staat Israel keinerlei Form mehr und wir stehen wieder einmal, einmal mehr, vor dem Beweis seiner Verbrechen. Ja, aber. Nein, hier gibt es kein «aber».

Ich glaube, die Katastrophe dieses militärisch organisierten Mordes an der palästinensischen Bevölkerung stellt uns brutal, total, verzweifelt, vor unsere Ohnmacht. Es gibt diejenigen, die uns regieren, die in Ermangelung einer Alternative gewählt wurden, durch «Proteststimmen» und deprimiertes «Laisser-aller» oder sogar, wie im Fall der jetzigen israelischen Regierung ganz offensichtlich, durch ekelhafte Arrangements, durch pure und harte Korruption. Und nun haben sie die Zügel in der Hand, diese unfähige Bande.

Was können wir tun?

Wir können auf die Strasse gehen. Das ist immerhin etwas. Wir schliessen uns zusammen, halten uns warm, zählen unsere Truppen. Aber das ist nicht genug. In der Zwischenzeit sterben Menschen. Man kann Petitionen unterschreiben. Als Jude, Jüdin. «Not in my name!» Auch das ist schon etwas. Aber natürlich ist das viel zu wenig. Also empören wir uns und sind wütend. Man ist wütend und weiss nicht, wo man seine Wut hinschmeissen kann. Ausser auf sich selbst, denn wenn es so weit gekommen ist, dann auch, weil ich nicht genug getan habe. Ich sage mir lieber,

dass ich zum Teil verantwortlich bin, als mir einzureden, dass die Schuld so weit weg liegt, dass ich nichts dagegen tun kann. Denn die Welt ist meine Verantwortung. Der Tikkun Olam² ist Teil meines Werkzeugkastens. Ja, ich sehe es als meine Pflicht an, die Welt zu reparieren. Wie deine, ihre, unsere. Und so weiter.

Jude zu sein, Jüdin zu sein, bedeutete für mich zwangsläufig, sich in den Dienst der Gerechtigkeit zu stellen. Also gegen Diskriminierung und Unterdrückung zu sein. Und zwar aktiv. Pierre Goldman hat das in seinen «dunklen Erinnerungen»³ so schön geschrieben.

Die allgemeine Konfusion trocknet mich aus. Kommt Ihnen die Vehemenz, mit welcher der Antisemitismus momentan denunziert wird, nicht auch verdächtig vor? Vielleicht ist es meine misstrauische jüdische Seite, aber ich habe keinerlei Lust, von einer Le Pen verteidigt zu werden. Soweit ich mich erinnern kann, verprügelt man die Faschisten, man teilt mit ihnen keine Verabredungen auf dem «Place de la Bastille», man stellt sich auch nicht hinter dasselbe Transparent.

Und gleichzeitig wird der anti-arabische Rassismus offen gezeigt; den nächsten Schritt möchte ich mir gar nicht vorstellen. Dass all das auf dem Rücken der Juden und Jüdinnen geschieht, macht mich krank.

Ich habe mich bemüht, meinen Söhnen die ersten Eindrücke vom Judentum nicht anhand der Shoah zu vermitteln. Mir war wichtig, dass sie zuerst einmal an den Festivitäten und

am Studium der Wörter Freude haben, bevor wir mit ihnen über den Hass und die Phantasmen sprechen, die die Religion meiner Vorfahren und die wunderbare Kultur, die daraus hervorgegangen ist, umgeben. Und diese Bemühungen werden nun zunichte gemacht. Die Grundlage für Verschwörungstheorien ist immerhin Faulheit, also ist die Vorstellung, dass Juden und Jüdinnen die Welt regieren wesentlich einfacher, als zu den Ursprüngen des Problems zurückzukehren. Und was wäre der Ursprung dieses Chaos? Ich habe meine eigene bescheidene Meinung dazu, aber auch hier gibt es wohl eine Interpretation pro Kopf.

Es gibt eine Rückkehr des Antisemitismus. Ja. Und es gibt einen ganz klaren anti-arabischen Rassismus. Das ist eine Tatsache. In Frankreich sind dies zwei Seiten derselben Medaille. Und man muss schon sehr vergesslich sein, um das nicht zu bemerken.

Ich habe drei jüdische Söhne. Hier und heute bin ich mir nicht sicher, wie ich ihnen erzählen soll, was das zu bedeuten hat.

Naruna Kaplan de Macedo, Regisseurin, Drehbuchautorin

1. Club Mediapart. Erstveröffentlichung des Artikels in Mediapart am 10.11.2023

2. Tikkun Olam bedeutet «Reparatur der Welt», stammt aus der jüdischen Philosophie und Literatur und umfasst weitgehend die jüdische Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit oder Wiedergutmachung.

3. «Dunkle Erinnerungen eines in Frankreich geborenen polnischen Juden», März-Verlag, Frankfurt 1980.

Endlich offiziell: Seenotrettung ist kein Verbrechen!

Falls Euch diese gute Nachricht entgangen ist: Nach über sechs Jahren strafrechtlicher Ermittlung wegen angeblicher Beihilfe zur illegalen Einwanderung nach Italien muss die italienische Justiz feststellen: Seenotrettung ist kein Verbrechen. Die Anklagen gegen zehn Seenotretterinnen der Iuventa-Crew wurden fallengelassen. Die «Iuventa» war 2016 eines der ersten privaten Schiffe zur Rettung von Migrantinnen im Mittelmeer und wurde im Sommer 2017 beschlagnahmt. Ein Gericht im italienischen Trapani entschied am 19. April in diesem Jahr einen Freispruch für alle Mitglieder der Iuventa-Crew. Sie haben in Zusammenarbeit mit den Organisationen «Save The Children International» und «Médicins Sans Frontières» über 14.000 Leben gerettet!

Wir freuen uns und bleiben wachsam.



Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zeleзна Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischrjnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org